

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Christian Flisek

Abg. Gerd Mannes

Abg. Johann Häusler

Abg. Martin Wagle

Abg. Christian Hierneis

Abg. Benno Zierer

Abg. Toni Schuberl

Abg. Christoph Skutella

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher u. a. und Fraktion (SPD)

Verantwortliche Hochwasserschutzpolitik statt populistische Inkaufnahme von Gefahren für die Menschen (Drs. 18/16682)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Christian Flisek, SPD-Fraktion, das Wort.

Christian Flisek (SPD): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass heute ein Dringlichkeitsantrag der SPD notwendig ist, um das Staatsministerium für Umwelt aufzufordern, eine längst fertiggestellte Studie zum Hochwasserschutz in Bayern entlang der Donau endlich auch vorzulegen, ist ein Offenbarungseid für die gesamte Hochwasserschutzpolitik dieser Staatsregierung, und sie ist insbesondere, liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, ein Offenbarungseid für die Hochwasserschutzpolitik der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem verheerenden Pfingsthochwasser 1999 und nach der Flutkatastrophe 2013 wurde ein Gesamtkonzept für den Hochwasserschutz entlang der Donau aufgelegt; 2013 wurde es ausgebaut, erweitert und aufgestockt. Das dahinterstehende Aktionsprogramm umfasste immer mehrere Säulen. Gesteuerte Flutpolder waren von Anfang an eine ganz wesentliche Säule in diesem Konzept.

Der zentrale Gedanke dieses Aktionsprogramms nach diesen beiden Katastrophenjahren war: Wir brauchen entlang der Flüsse eine Solidarität der Oberlieger mit den Unterliegern. Ohne diese Solidarität wird ein effizienter Hochwasserschutz bestehend aus mehreren Maßnahmen nicht möglich sein. Als Beleg für die Einigkeit darf ich durchaus den damaligen Umweltminister Marcel Huber zitieren, der sagte: Der Schutz

der Menschen vor Hochwasser ist eine der entscheidenden Zukunftsaufgaben. Ein bayernweites System gesteuerter Flutpolder soll dabei das Rückgrat bilden und beschleunigt umgesetzt werden. – So der damalige CSU-Umweltminister Marcel Huber. Dem ist nichts hinzufügen.

An den Zielen und an der notwendigen Solidarität hat sich seitdem nichts geändert. Dies änderte sich nur dann sehr dramatisch, als die FREIEN WÄHLER in diese Regierung eingetreten sind; denn mit dem Koalitionsvertrag, der dann unterzeichnet wurde, wurden drei große, drei zentrale Polder ohne Begründung und ohne jede weitere Kompensation einfach so herausgestrichen. Die Flutpolder bei Bertoldsheim, Eltheim und Wörthhof entlang der Donau mit einem Fassungsvermögen von insgesamt 45 Millionen Kubikmeter Wasser wurden ohne Begründung einfach herausgestrichen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile liegen viele Studien vor, die unisono sagen, diese Polder würden zu einer Kappung der Scheitelwelle um bis zu 10 % führen – 10 %, die, wenn es hart kommt, über Leben entscheiden können, über erhebliche Vermögenswerte entscheiden können und die ganze Regionen wie meine Heimatregion Passau vor Katastrophen bewahren können.

Was machte der stellvertretende Ministerpräsident Aiwanger? – Er lieferte sich in der Öffentlichkeit ein schon fast peinlich zu nennendes Duell mit dem Landrat von Degendorf, Herrn Bernreiter von der CSU, und mit dem Oberbürgermeister von Passau, Jürgen Dupper. Das Schwarze-Peter-Spiel ging hin und her. Teilweise wurde es persönlich. Für einen stellvertretenden Ministerpräsidenten war das wirklich peinlich. Und warum? – Ich sage Ihnen warum: weil die politische Landkarte der FREIEN WÄHLER des Freistaates Bayern zweigeteilt ist. Da gibt es die Bereiche, in denen Landräte der FREIEN WÄHLER und Bürgermeister der FREIEN WÄHLER regieren. Für diese macht man Politik, und der Rest des Freistaates ist egal.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Ansatz der FREIEN WÄHLER, meine Damen und Herren. Ich sage Ihnen eines: Ich erinnere Sie an den Eid, den insbesondere die Minister als Mitglieder der Staatsregierung geleistet haben. Sie haben Politik für den gesamten Freistaat zu machen, für alle Menschen in diesem Freistaat, nicht nur für die Regionen, in denen Ihre eigenen Parteiliebe regieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss dann in der "Mittelbayerischen Zeitung" vom 23. Juni dieses Jahres, also ganz frisch, lesen, wie Gotthardt mit den Worten zitiert wird: Wer meint, durch einen Polder in Regensburg in Passau näher an der Donau bauen zu können, der mache einen unverzeihlichen Fehler. Lieber Kollege Gotthardt – vorhin waren Sie noch hier –, das ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten. Wenn Sie irgendwann einmal die Gelegenheit haben, die Stadt Passau zu besuchen, dann können Sie sich ein Bild davon machen, wie nahe man dort noch an der Donau bauen kann. Die Stadt ist historisch gewachsen. Sie sollten sich für ein solches Zitat einfach nur noch schämen.

(Beifall bei der SPD)

Anstatt die Menschen bei einer so wichtigen Frage zusammenzuführen, spalten Sie wieder Oberlieger und Unterlieger. Sie spielen die Menschen gegeneinander aus. Das kann nicht das Ziel der Politik bei dieser wichtigen Frage sein.

Ich habe auch Verständnis für die Menschen, die in Zukunft vielleicht an einem Flutpolder wohnen müssen. Sie haben auch Sorgen. Es gehört aber auch dazu, die Menschen gerade bei solchen entscheidenden Fragen zusammenzubringen. Dazu gehört eben auch, dass wir hier im Parlament die Dinge faktenbasiert diskutieren. Dazu gehört, dass die vom Umweltministerium in Auftrag gegebene und längst fertiggestellte Studie endlich auf den Tisch kommt. Man versteht einfach nicht, warum das wie ein Staatsgeheimnis gehütet wird. Wer soll denn dadurch geschützt werden? Herr Aiwaner etwa? Es gibt dafür doch keine Erklärung mehr. Noch gestern hat ein Pressesprecher des Umweltministeriums gesagt, die Studie werde veröffentlicht; wann, wisse

man aber nicht. – Entschuldigung, was treiben Sie da für ein Spielchen? Das ist den Menschen doch nicht mehr zu erklären.

Meine Damen und Herren, wir dürfen bei diesen Fragen überhaupt keine Zeit mehr verlieren, weil das nächste schwere Hochwasser mit Sicherheit irgendwann kommen wird; Gott bewahre, dass es in der 2013 erlebten Form kommt. Die Menschen werden uns dann dafür verantwortlich machen, wenn wir es nicht geschafft haben, rechtzeitig die längst angesprochenen Maßnahmen umzusetzen. Wenn es so weit ist, werden wir wieder mit dem Finger in Ihre Richtung zeigen, weil Sie es blockiert haben. Aufgrund dieser Politik der FREIEN WÄHLER haben wir viel Zeit verloren. Ich sage Ihnen: Kommen Sie endlich in die Pötte! Wir haben keine Zeit zu verlieren. Es ist längst überfällig.

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Flisek, bitte bleiben Sie am Mikrophon. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung macht der Kollege Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr Flisek, Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten Verständnis für die Leute, die direkt an einem Flutpolder wohnen. – Also auch für mich, weil dort, wo ich aus dem Fenster hinsehe, einer gebaut werden soll. Sie können sich natürlich vorstellen, dass die Leute nicht vor Begeisterung in die Hände klatschen. Ich gebe Ihnen recht; es stört mich genauso wie Sie. In Schwaben sollen sieben gesteuerte und ungesteuerte Flutpolder gebaut werden. Wir sehen das auch nicht ein, wenn sie in anderen Regierungsbezirken abgeschafft werden.

Eine konkrete Frage, die mich sehr beschäftigt: Sie haben nicht über den Grundschutz und auch nicht darüber gesprochen, dass es natürlich ein Problem ist, wenn unheimlich viel versiegelt wird und sozusagen alles über die kleinen Bäche und Flüsse in die Donau hineinläuft. Sie haben auch über Solidarität gesprochen. Zur Solidarität gehört auch, dass man nicht die ganze Last auf wenige Standorte abwälzt. Hierzu meine Frage: Wie sehen Sie das? Ist es aus Ihrer Sicht wirklich gerecht, dass das Hochwas-

ser an einigen Stellen konzentriert – ich sage einmal, wie Müll – entsorgt wird? Ist es nicht viel besser, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Mannes.

Gerd Mannes (AfD): – sich schon dort, wo das Hochwasser entsteht, um den Rückhalt zu kümmern?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Mannes. – Herr Flisek.

Christian Flisek (SPD): Herr Kollege, wir sind uns darin einig, dass effizienter Hochwasserschutz nur durch ein ganzes Bündel von verschiedenen Maßnahmen möglich ist. Der Dringlichkeitsantrag meiner Fraktion hatte heute die Tatsache zum Gegenstand, dass diesem Parlament eine längst fertiggestellte Studie durch den Umweltminister Glauber vorenthalten wird. Hier ist die Arena, in der faktenbasiert über einen effizienten Hochwasserschutz im Freistaat diskutiert werden muss. Dazu gehören nicht nur gesteuerte Flutpolder oder Hochwasserschutzmaßnahmen entlang der Flüsse. Dazu gehört ein ganzes Bündel von Maßnahmen.

Aber wir brauchen die Fakten und insbesondere die längst auf dem Tisch liegenden Fakten auch hier im Parlament. Ich verstehe schlicht und ergreifend nicht, warum man uns Abgeordneten – egal aus welcher Region – genau diese Ergebnisse hier vorenthält. Dieses Parlamentsverständnis kann ich überhaupt nicht teilen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir für ein gutes Ergebnis, das die meisten Menschen entlang der Donau befriedet, hier im Parlament um die besten Lösungen ringen müssen. Aber wir brauchen die Fakten. Dafür, dass diese nicht vorgelegt wurden, tragen die FREIEN WÄHLER, der Umweltminister und der stellvertretende Ministerpräsident die Verantwortung.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Flisek. – Nun kommt die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Johann Häusler von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Flisek, zunächst einmal weise ich die Unterstellungen zu den Kommunalpolitikern der CSU und der FREIEN WÄHLER entschieden zurück, weil das schlichtweg nicht der Wahrheit entspricht. Sie haben hier insbesondere die Landräte und Bürgermeister der FREIEN WÄHLER aufs Korn genommen. Hören Sie genau zu, wo die Flutpolder überall geplant waren, geplant sind und wo sie insbesondere noch im Hochwasserschutzkonzept enthalten sind: Der größte Flutpolder entlang der gesamten Donau befindet sich im Landkreis Dillingen; er umfasst allein 5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des gesamten Landkreises. Ein weiterer befindet sich in Lauingen. Das heißt: Mehr als 25 % der Flutpolderkapazität sind in einem der kleinsten Landkreise Bayerns, im Landkreis Dillingen, geplant. Es stand nie zur Diskussion, dass sie aus der Planung herausfallen. Das heißt: Dort, wo es einen Landrat der FREIEN WÄHLER gibt, also im Landkreis Dillingen, befinden sich die mit Abstand größten Flutpolder.

Noch ein kleiner Hinweis: –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Die Stadt Lauingen, die bis vor Kurzem von einem SPD-Bürgermeister regiert wurde, hat dagegen Widerspruch eingelegt und wehrt sich gegen den Flutpolder. Es ist schlichtweg nicht fair, das parteipolitisch zu instrumentalisieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Häusler. – Herr Flisek, bitte.

Christian Flisek (SPD): Ich nehme den Einwand zur Kenntnis. Ich sage Ihnen aber auch: Das Ganze setzt sich ja fort. Nehmen wir einmal ein anderes Thema, die Posse um den Sitz des Verwaltungsgerichts in Niederbayern: Dort haben Sie nur interveniert, weil die Entscheidung für eine CSU-regierte Stadt gefallen ist,

(Zuruf)

und dann für den Sitz des Verwaltungsgerichts allen Ernstes einen Ort vorgeschlagen, wo ein FREIER WÄHLER regiert. Das hat doch alles keinen Sinn.

(Unruhe)

Sie müssen sich über das Erscheinungsbild Ihrer Politik schon Gedanken machen. Im Übrigen habe ich nicht über CSU-Kommunalpolitiker gesprochen. Ich bin mit dem Landrat von Deggendorf, Herrn Bernreiter, darüber sehr einig, dass wir dieser Staatsregierung dort, wo Sie blockieren, Beine machen müssen. Wir brauchen jetzt endlich die Studie, damit wir die aktuelle Entscheidung zur Flutpoldervergrößerung in Wörthhof schlicht und ergreifend hier diskutieren und beurteilen können, ob das der Weisheit letzter Schluss ist. Das behindern Sie. Sagen Sie endlich Ihrem Umweltminister, dass er in die Pötte kommen soll!

(Zuruf)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Flisek. – Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Wagle für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Wagle.

(Unruhe)

– Ich bitte, die Zwischengespräche einzustellen. Es gibt die Möglichkeit der Zwischenbemerkung. Herr Wagle hat jetzt das Wort.

Martin Wagle (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es hier mit einem Dringlichkeitsantrag zu tun, dem ich die Dringlichkeit dem Grunde nach gar nicht absprechen möchte. Der Schutz vor Hochwasser ist eine dringliche und wichtige Aufgabe. Das ist gar keine Frage. – Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, an Ihrem Antrag überzeugt mich aber nicht, dass Sie sich hier als Retter in der Not profilieren wollen. Sie verlangen – so steht es in Ihrem Antrag – eine

verantwortliche Hochwasserpolitik statt der populistischen Inkaufnahme von Gefahren für Menschen. Ich bin mir hier zunächst einmal sehr sicher, dass die Inkaufnahme von Gefahren für Menschen niemals populistisch ist. Man kann damit sicher nicht populär werden, wenn man Menschenleben aufs Spiel setzt. Das ist vollkommener Quatsch.

(Beifall bei der CSU)

Der Staatsregierung nun an dieser Stelle vorzuwerfen, dass sie Gefahren für Menschen in Kauf nimmt, um sich durch das Unterlassen von Schutzmaßnahmen bei anderen Menschen beliebt zu machen, ist nicht nur abwegig, sondern auch abstoßend. Die Staatsregierung zeigt seit Jahren und Jahrzehnten, wie sehr ihr der Hochwasserschutz am Herzen liegt. Ich kann hier durchaus mitreden; denn ich komme aus einem Landkreis, der erst vor fünf Jahren von einem gewaltigen Hochwasser betroffen war, das ohne jede Vorwarnung gekommen ist. Es hat Menschenleben gefordert und Schäden in einem hohen dreistelligen Millionenbereich hinterlassen.

Die Staatsregierung hat damals sehr schnell und unbürokratisch geholfen. Sie tat und tut alles dafür, derartige Auswirkungen einer Flut zu verhindern, damit so etwas nie wieder vorkommt. Wie Sie wissen, setzt Bayern mit seinem "Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020plus" auf natürlichen Hochwasserrückhalt und technischen Hochwasserschutz. Es geht dabei um naturnahe Flusslandschaften, Flutmulden und Auen und um die Zurücklegung von Deichen. Es geht darum, Flüsse und Auen stärker zu vernetzen, Auwälder häufig zu überfluten sowie Gewässer und Ufer zu renaturieren. Wir haben in Bayern bereits 2.630 km renaturierte Gewässerstrecke, und es werden ständig mehr. Gegen größere Hochwasserereignisse genügt das leider nicht. Daher muss auch der technische Hochwasserschutz ausgebaut werden. Hierzu zählen Deiche, Mauern, Flutmulden, Regenrückhaltebecken, Talsperren und selbstverständlich Flutpolder. Die gesteuerten Flutpolder sind deshalb so wichtig, weil sie bei extremen Hochwasserereignissen die Spitzen über HQ100 herausnehmen und die bestehenden Anlagen schützen. Weil diese Polder unbestritten wirksam und wichtig sind, bekennt sich der Koalitionsvertrag klar zum Hochwasserschutz und zum Flutpolder-

konzept für Bayern. Denn der Schutz der Menschen und ihres Hab und Guts sind Teil der Daseinsvorsorge. Somit ist die Umsetzung dieser Maßnahmen eine dringende Aufgabe.

Was Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, als taktisches Zögern bezeichnen, das jetzt endlich beendet werden soll, ist kein Zögern, sondern die Tatsache, dass man einen bestmöglichen Hochwasserschutz sorgfältig planen und dann vor Ort verantwortungsvoll umsetzen muss. Das bedeutet eine Planung unter Einbeziehung aller zur Verfügung stehenden Bausteine sowie die Prüfung aller möglichen Auswirkungen für Bürgerinnen und Bürger. Diese Auswirkungen betreffen das Grundwasser, die Trinkwasserversorgung und vieles mehr. Und ja, das bedeutet auch, dass man betroffene Bürgerinnen und Bürger mitnehmen muss, deren Flächen beispielsweise für die Anlage von Poldern genutzt werden müssen. Hier gilt es, die Ängste und Bedenken der Menschen ernst zu nehmen und die Planungen in einem intensiven Dialog weiterzuentwickeln.

Diese Vorgehensweise gilt für alle großen Maßnahmen, auch für die von Ihnen explizit angeführten Flutpolder. Am Ende dieses Prozesses stehen dann eine Abwägung und ein Beschluss. Dieser ist bei denen, die Sie angeführt haben, noch nicht erfolgt.

Jeder von uns, der die Hochwasser der letzten Jahrzehnte verfolgt hat, hat sich doch ein Bild machen können von der zerstörerischen Macht des Wassers, wenn es in Mengen kommt, gerade an Donau und Inn. Für die Lösung dieses Problems braucht es daher einen vernünftigen, sachorientierten Planungs- und Entscheidungsprozess, und zwar ohne Polemik, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

Lassen Sie mich noch eine allgemeine Anmerkung machen; sie gilt für alle großen Maßnahmen: Dass sich nicht jeder freut, wenn die Polder oder Deiche vor seiner Haustür auf seinem Grund errichtet werden, ist doch nachvollziehbar; denn natürlich werden Grundstücke damit belastet. Natürlich wird Hochwasser gewissermaßen in andere Regionen verlagert. Natürlich sind die Polder kein Freibrief dafür, dass flussab-

wärts dann noch näher ans Ufer gebaut wird. Aber das sind doch alles Fragen, die sich beantworten lassen, und Probleme, die sich lösen lassen. Dazu braucht es Fairness und Sachlichkeit. Der Vorwurf, die Staatsregierung nehme bewusst Gefahren für Menschen und deren Besitz in Kauf, ist weder fair noch sachlich, sondern einfach nur unsinnig. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Kollege Wagle, es liegen Meldungen für zwei Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Herrn Abgeordneten Mannes, AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Jetzt habe ich ein paar Fragen. Sie haben gesagt, Sie wollen sachlich darüber diskutieren. Ich habe es vorhin schon gesagt: In Schwaben haben wir sieben Flutpolder, drei gesteuerte, vier ungesteuerte. Die wurden weitergeplant. Können Sie mir noch sagen, warum die Polder in Bertoldsheim, Eltheim und Wörthhof nicht weiter geplant wurden? Das ist meine erste Frage.

Die zweite Frage: Bei der Vorstellung des Wasserwirtschaftsamts wurde über ein sogenanntes HQextrem gesprochen. Sie wissen: Das HQ100 für das hundertjährige Hochwasser ist gesetzlich vorgeschrieben. Das sogenannte HQextrem gibt es nur in Bayern. Ich weiß nicht, was Sie da erfunden haben, aber könnten Sie mir mal erklären, was das genau ist? Die Schadenssummen, über die man damals in Schwaben gesprochen hat, waren beim HQ100 100 Millionen oder 150 Millionen Euro, theoretische Gefahr, beim HQextrem 2,3 Milliarden Euro. Das müssten Sie mir mal erklären.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Mannes. – Herr Wagle, bitte.

Martin Wagle (CSU): Zu der ersten Frage: Ich habe Ihnen doch aufgeführt, was alles unternommen werden muss in einem Prozess, der ins Rollen gebracht werden wird, welche Maßnahmen alle geprüft und in die Betrachtung einbezogen werden müssen.

Dann ist natürlich die Bevölkerung vor Ort gefragt. Die Bürgerinnen und Bürger müssen mit einbezogen werden. Dann gibt es einen Entscheidungsprozess. Dieser ist noch nicht abgeschlossen. Das gilt zur ersten Frage.

Zur zweiten Frage: Die Flutpolder, wenn Sie die meinen, wirken über das HQ100 hinaus. Auch das HQ100 muss immer angepasst werden. Deshalb sind die Flutpolder so wichtig, damit die bestehenden Anlagen geschützt werden können, die Mauern, Deiche usw. Deswegen ist das erforderlich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Christian Flisek, SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Herr Kollege Wagle, Sie haben einleitend unserem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit abgesprochen und für die CSU-Fraktion angekündigt, dass Sie diesem Antrag nicht zustimmen werden. Das ist jetzt wenig verwunderlich aus Rücksicht vor dem kleinen Koalitionspartner. Aber ich will Sie schon fragen: Sind Sie dafür oder dagegen, dass wir im Bayerischen Landtag die Ergebnisse einer längst fertiggestellten Studie des Landesamts für Umwelt, also einer nachgelagerten Landesbehörde des Staatsministeriums, diskutieren können? Sind Sie dafür oder dagegen? Wie stellen Sie sich eigentlich in dem von Ihnen geschilderten Abwägungsprozess vor, wann wir das machen sollen? Ich habe da ein anderes Parlamentsverständnis. Mich würde Ihr Parlamentsverständnis in dieser Frage interessieren.

Martin Wagle (CSU): Lieber Herr Kollege Flisek, ich finde es zunächst einmal schade, dass Sie mir nicht zugehört haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Eingangs habe ich klar formuliert, dass ich diesem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit gar nicht abspreche. Entschuldigen Sie, da müssen Sie mir besser zuhören, auch was das andere betrifft.

Dann habe ich diesen Entscheidungsprozess beschrieben, in dem es keine Vorwegnahme irgendeiner Entscheidung gibt, sondern der erst zu Ende geführt werden muss. Man kann nicht vor Ort fahren und den Daumen heben oder senken, sondern es gibt einen Entscheidungsprozess. Diese Entscheidungen sind noch nicht gefallen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Wagle. – Nächster Redner ist Herr Kollege Christian Hierneis für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Hierneis (GRÜNE): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, niemand in diesem Hohen Haus möchte, dass irgendjemand von Hochwasser geschädigt wird oder sein Hab und Gut verliert. Ich glaube, wir sind alle dafür, dass Hochwasserschutz möglichst bald und gut umgesetzt wird.

Kurz zum SPD-Antrag: Wir wollen die Studie auch sehen. Die Ankündigung der Staatsregierung gestern haben wir gelesen und wissen auch nicht genau, wann sie umgesetzt werden soll. Die letzte Umsetzung hat ziemlich lang gedauert. Aber uns allen ist die Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen tatsächlich wichtig.

Wir allerdings vertreten, nachdem hier laufend von Flutpoldern und anderen technischen Maßnahmen gesprochen wurde, die Ansicht, dass technische Maßnahmen wie Flutpolder nur die Ultima Ratio sein können. Wir sehen das nämlich andersherum. Flutpolder können Alternativen sein, und zwar dort, wo kein natürlicher Hochwasserschutz möglich ist oder wo er nicht ausreicht. Die Staatsregierung hat 2019 gesagt, es gibt keine Alternativen zu Flutpoldern. Wir sehen die eben schon. Für uns gilt nämlich: zuerst natürlicher, dezentraler Hochwasserschutz, dann die Polder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das kommt uns auch im SPD-Antrag deutlich zu kurz.

Ich darf kurz darstellen, was aus unserer Sicht die grundlegenden Maßnahmen beim Hochwasserschutz sein müssen: beispielsweise die Renaturierung der Zuflüsse, Wiederherstellung ehemaliger Flussschleifen, Renaturierung von Auen und Wiederanbindung der Auen an den Fluss, Schaffung von landschaftlichen Strukturen, Renaturierung von Mooren, Deichrückverlegungen wo möglich, was im Übrigen auch in dem von der SPD zitierten Bericht der Bundesanstalt für Gewässerkunde von höchster Bedeutung ist und immer im Zusammenspiel mit den Flutpoldern zu sehen ist, eine deutliche Reduzierung der Versiegelung usw. Diese Maßnahmen sind übrigens gleichzeitig Klimaschutzmaßnahmen, die wir auch fast alle in diesem Haus wollen. Werte Staatsregierung, wir haben die Vorschläge, setzen Sie sie um!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Forderung stellen wir nicht das erste Mal, sondern schon seit über zehn Jahren. Hätten Sie bereits damals damit angefangen, dann müssten wir heute vielleicht gar nicht mehr über alle diese Polder reden. Wir hätten nicht mehr das Hin und Her, Polder ja, Polder nein, wir hätten nicht mehr die Spaltung von Gemeinden in Zustimmung oder Ablehnung, je nach Betroffenheit von Poldern oder drohender Überflutung, wenn Sie früher auf uns gehört hätten.

So haben wir vor acht Jahren, im Jahr 2013, beantragt, die Retentionsräume zu erweitern. Der Antrag wurde damals mit den Stimmen der CSU und auch der FDP abgelehnt. Die FREIEN WÄHLER waren dafür.

Wir müssen weg von der Priorisierung wasserwirtschaftlicher Großprojekte, die allein durch die Diskussion dreißig Jahre für die Umsetzung brauchen, und hin zum Hochwasserschutz in der Fläche.

In Ihrem Antrag, liebe SPD, steht viel Richtiges. Aber die Überbetonung der Polder geht uns ein Stück zu weit. Deswegen werden wir uns bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Hierneis, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es liegt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Mannes, AfD-Fraktion, vor.

Gerd Mannes (AfD): Herr Hierneis, das war jetzt für mich eine überraschende und interessante Ausführung, die Sie gemacht haben. Aber Sie haben es sich relativ einfach gemacht. Die gesteuerten Flutpolder laufen oft auch in Naturwälder hinein. Sie wissen, wenn das Wasser in einem Flutpolder 6 bis 7 Meter hoch steht, dann ist alles tot.

Ich habe eine konkrete Frage an Sie, die den Flutpolder in Leipheim betrifft. Der Wald ist Ramsar-Schutzgebiet, ein Landschaftsschutzgebiet, ein Naturwaldreservat, ein Wasserschutzgebiet und Teil eines Flora-Fauna-Habitats, also eine fünffach geschützte Region. Wollen Sie von den GRÜNEN, dass dieses Gebiet ein Flutpolder wird oder nicht? Denn wenn man einen Flutpolder daraus macht und das Wasser zwei Wochen lang staut, dann ist dort alles an Natur tot.

Christian Hierneis (GRÜNE): Herr Kollege, wenn Sie mir genau zugehört hätten, dann wüssten Sie, dass ich genau das gesagt habe. Ich habe gesagt: Wir wollen erst natürlichen Hochwasserschutz, auch schon in den Zuflüssen weiter oben. Dann müssen dort unten die Polder nicht gebaut und solche Flächen nicht überflutet werden. Das ist genau das, was wir fordern, und zwar seit vielen Jahren, was aber leider nicht umgesetzt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hierneis. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat der Kollege Benno Zierer das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hierneis, Respekt vor diesem sehr sachlichen Redebeitrag!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben sich nicht auf den Populismus des Kollegen Fitzek [sic] heruntergelassen, sondern Sie haben das sachlich abgearbeitet. Großen Respekt vor Ihnen!

Der Antrag, den die SPD-Fraktion eingebracht hat, zeigt ganz klar: Der Erste steigt schon in den Stil des neuen Fraktionschefs ein.

(Heiterkeit bei der AfD)

– Lachen Sie nicht! Denn auch die AfD kann von der Art und Weise, wie Herr Fitzek [sic] sich gerade aufgeführt hat, durchaus noch etwas lernen. Bis jetzt haben wir Ihnen immer Populismus vorgeworfen. Aber es gibt Kollegen, die das noch besser können als Sie. Die können durchaus von Ihnen lernen.

Dreck werfen, vermeintliche Skandale aufbauschen, möglichst schrill schreien – das ist die neue Art der Politik der SPD.

(Zuruf)

Dieser Antrag ist ein gutes Beispiel dafür: Sie sind mit Schlagworten schnell bei der Hand. Sie reden von verantwortungslosem Zögern, Taktieren und Mauseln und von billigem Populismus. Wenn man sich aber den Antrag genau anschaut, dann stellt man fest, dass nichts dahintersteckt.

Das Umweltministerium hat angekündigt, dass der Synthesebericht des Landesamtes für Umwelt veröffentlicht wird. Das war nie anders vorgesehen. Er wird veröffentlicht, wenn er fertig ist. Ich weiß nicht, was daran unverantwortlich und gefährlich sein soll, wenn die Fachleute des LfU das Ganze in einer umfassenden Studie – es geht um die Betroffenheit von sehr vielen Menschen – genau überprüfen und das Hochwasserkonzept an der Donau auf Praktikabilität hin überprüfen und überarbeiten, zumal in Ihrem Antrag ein Gesamtkonzept für Hochwasserschutz gefordert wurde. Das ist alles enthalten.

Man hat sich angeschaut, welche Möglichkeiten für dezentrale Rückhaltemaßnahmen es für die Donauzuflüsse gibt. Mein Kollege hat es auch gesagt: Wir müssen das Wasser in der Fläche zurückhalten. Wir müssen es schaffen, bereits dort tätig zu sein, wo das Wasser in der Menge entsteht. Auch das wurde und wird geprüft. Hochwasserschutz heißt Rückhaltemaßnahmen und Versickerung in der Fläche. Davon sind wir seit der Zeit überzeugt, als damals das Hochwasser gewesen ist.

Genauso überprüft wurde, welchen Einfluss ein optimiertes Staustufenmanagement hat. Genau das wollen auch Sie in Ihrem Gesamtkonzept. Aber das alles ist bei uns schon drin. Ein Gesamtkonzept gibt es schon lange.

Bislang wurden im Rahmen des "Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020plus" über 2,8 Milliarden Euro investiert. Damit wurden 565.000 Menschen vor einem hundertjährigen Hochwasser geschützt. In den nächsten zehn Jahren werden im Rahmen des Gewässer-Aktionsprogramms weitere 150.000 Menschen hoffentlich gezielt geschützt. Die gesteuerten Polder sollen diesen Schutz ergänzen und die Spitzen extremer Hochwasserwellen kappen.

Dass Anwohner und Nutzer der Flächen Vorbehalte gegen Polder haben, ist klar – wegen möglicher Folgen für das Grundwasser oder wegen dem, was nach dem Hochwasser auf ihren Feldern und Wiesen liegen bleibt. Die Gemüsebauern dort haben Sorgen, die wir ernst nehmen müssen. Deshalb müssen wir mit den Leuten reden. Wir dürfen keine Ängste schüren und dürfen sie nicht ständig produzieren. Wenn es nur das ist, ist es schon schlimm genug.

Sie erzählen den Leuten, die FREIEN WÄHLER wollten mit ihrem Konzept, dass halb Bayern absäuft. Die Leute sind aber so vernünftig und können ganz gut unterscheiden, wer sich um ihre Sorgen kümmert und wer nicht.

Ich hoffe – das muss ich jetzt an die Adresse unseres Koalitionspartners sagen –, dass die von dort kommenden, immer wiederkehrenden Sticheleien gegen unseren Minister in konstruktive Arbeit umgewandelt werden. Es ist jammerschade, dass Land-

rat Bernreiter ständig hetzt und gerade bei diesem so sensiblen Thema nicht als Vermittler auftritt. Er ist sicherlich eine Respektperson in seinem Kreis. Das sollte er machen, das wäre vernünftig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIEN WÄHLER haben uns vorgenommen, die Betroffenen noch besser mitzunehmen und um noch mehr Verständnis zu ringen. Deshalb wurden zusätzliche Gutachten zur Grundwassersituation erstellt.

Minister Glauber hat immer wieder betont, dass die Polderfrage rein fachlich entschieden wird. Wenn etwas Sinn macht, dann wird es gemacht, wenn nicht, dann lassen wir es bleiben. Das ist die Politik der FREIEN WÄHLER und der Staatsregierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dank der LfU-Untersuchung gibt es für das Poldersystem bei Eltheim und Wörthhof eine weitere Variante.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sie kommt zu dem Ergebnis, dass in diesem Bereich ein Stauvolumen von rund 30 Millionen Kubikmeter nötig ist.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Es wird ein höherer Deich gebaut. Das ist das Wichtigste.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt zwei Zwischenbemerkungen.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Auch da gilt: Was aus fachlicher Sicht Sinn macht, wird umgesetzt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank. Sie waren am Ende angelangt. – Es gibt jetzt zwei Zwischenbemerkungen.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Okay.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Im Übrigen: Der angesprochene Kollege heißt nicht Fitzek. Den gibt es auch, er ist Thrillerautor, er hat unter anderem "Der Seelenbrecher" geschrieben. Aber er hat mit Herrn Flisek von der SPD-Fraktion wenig gemein.

(Heiterkeit)

Herr Flisek hat sich auch gleich zu Wort gemeldet. Aber zuvor gibt es noch die Zwischenbemerkung vom Kollegen Toni Schuberl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege Zierer, ich finde es schade, dass Sie nach dem Lob für den sachlichen Vortrag des Kollegen Hierneis selbst sehr unsachlich waren.

Ich bin aus Passau, wie auch mein Kollege Flisek aus Passau ist. Wir haben erlebt, was dort geschehen ist. Ich glaube, wir beide waren gleichermaßen schockiert über das Verhalten der FREIEN WÄHLER in der Polderfrage. Ich kann deswegen gut verstehen, dass der Kollege Flisek den Unmut, der bei uns in der Region über das populistische Verhalten der FREIEN WÄHLER herrscht, deutlich gemacht hat. Allerdings möchte ich hier auch klarstellen, dass der Kollege Flisek sehr sachlich ist und Vergleiche mit der AfD absolut unpassend sind.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe: Oh!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sie haben für eine Erwiderung eine Minute Zeit.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Gab es hier eine Frage?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sie müssen nicht erwidern, wenn Sie das nicht wollen.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Ich habe das nur als Bemerkung und nicht als Frage verstanden. Sollte es jedoch als Frage gemeint gewesen sein, kann ich Ihnen nur sagen, dass es gerade der Politikansatz der FREIEN WÄHLER ist, konstruktive Vorschläge umzusetzen.

(Zurufe)

Dafür hilft es, in den Gutachten genau darauf zu schauen, was notwendig und sinnvoll ist. Das gehört gemacht, und das machen wir auch gemeinsam mit den Leuten, die sinnvoll mitarbeiten wollen. Ich habe etwas dagegen, wenn ständig gehetzt wird bzw. die Unterlieger gegen die Oberlieger aufgehetzt werden, weil das Ganze damit aus dem Blick verloren geht.

Mein Kollege Häusler hat darauf hingewiesen, dass auch andere Landkreise Opfer bringen. Darüber hinaus müssen wir, ähnlich wie das Herr Hierneis sagte, in ganz Bayern in der Fläche für einen Hochwasserschutz sorgen. Wenn wir das nicht schaffen, können wir Milliarden in Polder stecken, aber werden nur Ärger und Frust ernten.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Rückhalt in der Fläche, Rückhalt am Anfang – das wird die Aufgabe der Zukunft sein, und hier muss Geld hinein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Jetzt gibt es eine Zwischenbemerkung des Kollegen Christian Flisek von der SPD.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Präsident. – Herr Kollege Zierer, ich weiß nicht, wie Sie die betroffenen Menschen bei dieser wichtigen Frage zusammenführen wollen, wenn Sie den Landrat von Deggendorf in Ihrer heutigen Rede schon wieder als einen Hetzer bezeichnen. Ich würde Sie auffordern, Ihren Anspruch an Sachlichkeit bei Ihrer eigenen Rede anzulegen. Wenn das geschähe, wäre das schon einmal ein großer Schritt bzw. Beitrag.

Ich schließe mich dem Kollegen Schuberl in der Bewertung an. Darüber hinaus will ich Ihnen eine Frage stellen. Sie sagten in Ihrem Redebeitrag, dass die Studie noch gar nicht fertig sei. Ich möchte es jetzt wissen: Ist die Studie nach Ihren Informationen fertig oder ist sie das nicht? Sie gehören der Fraktion des Umweltministers an, und vielleicht verfügen Sie über weitergehende Informationen. In der Presse war zu lesen, die Studie sei fertig. Sie haben hier behauptet, die Studie sei noch nicht fertig. Wie ist der Sachstand?

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Die Studie ist insoweit fertig, als in den Ministerien geprüft wird, wie eine vernünftige Umsetzung erfolgen kann. Vor allen Dingen müssen aber auch die Möglichkeiten abgesprochen werden. Dann wird das in diesem Haus vorgelegt, und dieses Haus hier wird beschließen, was wir umsetzen und was nicht.

(Zurufe des Abgeordneten Christian Flisek (SPD) – Weitere Zurufe)

Ich persönlich habe die Studie nicht gelesen.

(Unruhe)

Die Studie ist aber so weit fertig, dass darüber diskutiert werden kann, was sinnvoll und was nicht sinnvoll ist.

(Zurufe)

– Hier wird diskutiert, wenn sie vom Minister vorgestellt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Zierer. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Gerd Mannes von der AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter Mannes, bitte.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Staatsregierung hat die Ergebnisse einer Studie zum Hochwasserschutz nicht offengelegt. – Es ist schlicht falsch, dass die Staatsregierung mit ihren Studien intransparent umgeht.

Als Betroffener freue ich mich natürlich, dass dieses Thema heute diskutiert wird. Ich muss Ihnen aber auch einmal sagen, Herr Schubert: Ich habe hier noch nie erlebt, dass Sie in diesem Plenum einen sachlichen Bericht vorgetragen haben.

(Beifall bei der AfD)

Sie sind linksradikal, und Sie sind hier der größte Populist. Niemand von der AfD will mit Ihnen verglichen werden. Das können Sie sich einmal merken.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Insgesamt ist die Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung aus Sicht meiner eigenen Betroffenheit eine Zumutung, und ich denke, dass sie das auch für alle betroffenen Bürger in den Überschwemmungs- und in den geplanten Poldergebieten ist. Ich habe eine Bürgerinitiative von zahlreichen betroffenen Bürgern gegen den geplanten Flutpolder bei Leipheim mitbegründet. Damals versprach man uns, die Argumente der Bevölkerung und der Kommunen bei der gesamten Planung zu berücksichtigen. Herr Glauber hat sich bis heute geweigert, die Betroffenen in Leipheim zu besuchen und ihnen Rede und Antwort zu stehen.

Herr Zierer – ich weiß nicht, wo Sie sind –, wenn Sie über das Mitnehmen von Menschen sprechen – Sie können das Herrn Glauber ausrichten –, dann schicken Sie ihn doch bitte einmal in Leipheim vorbei. Er ist bis heute nicht zu uns gekommen.

(Beifall bei der AfD)

Hier wurde bereits öfter die Frage diskutiert, warum wir in Schwaben weiterhin sieben Flutpolder – drei gesteuerte und vier ungesteuerte – machen. Das wurde weiter vorangetrieben, während das in der Oberpfalz und in Oberbayern nicht weiterverfolgt wurde. Aus unserer Sicht ist das ein absoluter Skandal. Zudem sind einige Fragen bis heute ungeklärt, die ich hier im Plenum jetzt einmal zur Sprache bringen möchte.

Erstens. Warum wird seitens der Regierung nach wie vor von HQextrem gesprochen? Das Wasserwirtschaftsamt argumentiert mit einem sintflutartigen Schadenspotenzial HQextrem statt mit dem gesetzlich vorgeschriebenen HQ100. HQextrem gibt es übrigens nur in Bayern, und es ist wirklich die Frage, warum das so ist.

Zweitens. Warum wird nicht vorrangig am Grundschutz gearbeitet? Warum wird nicht zuerst das gesamte Flusssystem auf HQ100 aufgerüstet, wie das gesetzlich vorgeschrieben wäre?

Drittens. Warum wird das Gewässersystem nicht als Gesamtkonzept gesehen? Warum beschränken sich die Wasserwirtschaftsämter nur auf die Donauabschnitte im Verwaltungsbereich? Warum gibt es kein länderübergreifendes Gesamtkonzept, das alle kleinen und großen Zuflüsse umfasst?

Viertens. Was sind die technischen und ökologischen Auswirkungen des Polders? Sämtliche technischen und ökologischen Auswirkungen wurden den Betroffenen von den Wasserwirtschaftsämtern bisher noch nicht kommuniziert. Ich fordere die Staatsregierung auf, in der Planung zum Hochwasserschutz und zu den Poldern endlich vollständige Transparenz herzustellen.

Erklären Sie der Öffentlichkeit bitte auch noch einmal, warum ausgerechnet die Polder in Bertoldsheim, Eltheim und Wörthhof aus den Plänen zum Hochwasserschutz gestrichen wurden. Mauscheleien haben im Hochwasserschutz nichts verloren.

(Beifall bei der AfD)

Für die betroffenen Anwohner wären Flutpolder eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität. Die Lasten des Hochwasserschutzes müssen gerecht verteilt werden und dürfen nicht nur auf einige Gemeinden beschränkt sein.

Gleichzeitig müssen alle betroffenen hochwassergefährdeten Gebiete geschützt werden. Deswegen ist es auch nicht nachvollziehbar, wenn einige Gemeinden Baugebiete in Überschwemmungsgebieten ausweisen, während andere die Last von Flutpoldern einseitig schultern müssen. In Leipheim sollen Flutpolder gebaut werden, während in Günzburg, nur vier Kilometer weiter, Baugebiete in Überschwemmungsgebieten ausgewiesen werden. Das ist falsch, und der Staat muss sich einmal hinsetzen und schauen, ob es richtig ist, in Überschwemmungsgebieten weiter so massiv zu bauen.

Den Dringlichkeitsantrag der SPD lehnen wir insgesamt ab, weil darin zu wenig vom Grundschutz die Rede ist und er sich einseitig auf Mammutprojekte zum Hochwasserschutz konzentriert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Johann Häusler von den FREIEN WÄHLERN.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Mannes, ich möchte dem Eindruck entgegentreten, dass sich der Umweltminister der Sorgen und Nöte der Betroffenen nicht annehmen und Einladungen abschlagen würde. Das entspricht einfach nicht der Wahrheit. Der Umweltminister war auf Einladung der dortigen Bürgerinitiative in Gremheim und hat sich dort der Diskussion gestellt. Das hat auch seine Vorgängerin, die frühere Umweltministerin Scharf, getan. Die Unterstellung, die Staatsregierung

würde sich der Diskussion oder dem Austausch mit den Betroffenen verschließen, ist falsch.

Herr Kollege Benno Zierer und Herr Kollege Hierneis haben dargestellt, wie das Konzept der Bayerischen Staatsregierung aussieht. Der Hochwasserschutz reicht von Zuschüssen für die Oberlieger bis zur Bewirtschaftung der Wehranlagen und von Kraftwerken. Das ist der Inhalt dieses Konzepts. Sie sollten das eigentlich wissen. Deshalb können Sie hier nicht behaupten, es gebe kein Konzept.

Wo wird denn großflächig gegen den Wasserschutz in Überschwemmungsgebieten gebaut? Viele Bürger beklagen sich, weil sie dort nicht bauen können. Das ist genau das Gegenteil von dem, was behauptet worden ist. Ich kann das so nicht nachvollziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gerd Mannes (AfD): Herr Häusler, ich kann jetzt nicht alles beantworten. Aber eines ist mir wichtig: Ja, die FREIEN WÄHLER haben in Gremheim eine Privatveranstaltung durchgeführt. Das stimmt. Bestimmte Leute, die dort drüben eine Bürgerinitiative gegründet haben, wurden dabei nicht hereingelassen. Ich weiß das; denn aus Leipheim waren ein paar Leute da, die an dem Tag, als Herr Glauber da war, nicht hereingelassen wurden. Da gab es nur einen beschränkten Zugang. Ich weiß nicht, was auf dieser Veranstaltung besprochen wurde. Das war aber eine Veranstaltung der FREIEN WÄHLER, zu der nicht alle Leute zugelassen wurden. Punkt! Das ist die Wahrheit.

Wir haben Herrn Glauber mehrfach nach Leipheim eingeladen, und er hat immer wieder abgelehnt. Wir haben damals sogar über den seinerzeitigen Bauminister Dr. Reichhart nachgefragt. Herr Glauber ist aber nicht gekommen. Sollte er noch zu uns kommen wollen, kann er gerne kommen.

Nun zur Gesamtheit des Systems: Ich hatte viel mit dem Wasserwirtschaftsamt Donauwörth zu tun. Alles andere auf der Karte war immer schwarz. Ich habe angeregt,

einmal über einen Staatsvertrag zwischen Bayern und Baden-Württemberg zu diskutieren; wurde abgelehnt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Mannes, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Gerd Mannes (AfD): Einen Satz noch: Baden-Württemberg hat keine Flutpolder gebaut. Die haben einfach die Dämme erhöht. Ich weiß nicht, ob das richtig oder falsch war. Ich wollte nur sagen: Die Bayerische Staatsregierung hat nie mit Baden-Württemberg über dieses Thema und den Wasserelexport gesprochen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es folgt die Rede von Herrn Kollegen Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den zweifelhaften Aussagen des Wirtschaftsministers zu Beginn der Legislaturperiode über die Notwendigkeit und die Effektivität von Flutpoldern zur Hochwasserbekämpfung, was dann auch noch Einzug in den Koalitionsvertrag fand, stellt sich nun glücklicherweise bei den FREIEN WÄHLERN ein Umdenken ein. Man könnte sagen: eine Rückkehr von der Beliebigkeit zur Sachlichkeit. Diese Woche konnten wir den Medien entnehmen, dass die vom Umweltministerium in Auftrag gegebene Studie des Landesamts für Umwelt zeigt, dass die Polder in ihrer Wirksamkeit zusammenhängen und die Pegelstände donauabwärts signifikant senken können. So kann bei der Umsetzung des Flutpolderkonzepts der maximale Wasserstand in Straubing um circa 40 Zentimeter gesenkt werden. Ingolstadt kann durch den Polder in Bertoldsheim um 20 Zentimeter entlastet werden.

Das sind wissenschaftliche Fakten, denen sich auch Hubert Aiwanger und die FREIEN WÄHLER nicht verschließen können. Aufgrund der weitreichenden Ergebnisse dieser Studie finden wir es nur angemessen, dass die Abgeordneten in diesem Haus die Studie vorgelegt bekommen, damit wir uns selbst ein Bild machen können. Auch dem von der SPD geforderten Gesamtkonzept stimmen wir in allen drei Punkten zu.

Besonders muss hier festgehalten werden, wie die Situation der Polder in Wörthhof und Eltheim gelöst werden soll. Obwohl es keine einseitige politische Verschönerung einzelner Orte geben darf, müssen wir an der fachlichen Option festhalten, Polder zusammenzufassen oder aus wissenschaftlichen Gründen Schwerpunkte bei einzelnen Orten zu setzen.

Beim Gesamtkonzept zur Hochwasserpolitik würden wir uns neben den genannten Punkten auch ein Bekenntnis zur Wahrung und Gewährleistung der Privatrechte wünschen sowie eine angemessene Entschädigung für die Leistungen der betroffenen Grundstücksbesitzer. Richtig ist, dass wir diese Polderdebatte vom Küchentisch zurück an den Kabinetttisch bringen und in das zuständige Umweltressort zurückverlagern. Wirtschaftsminister Aiwanger hat in der "Mittelbayerischen Zeitung" – ich habe den Artikel heute gesehen, weiß aber nicht, von wann er ist – erklärt: Die Debatte ist neu eröffnet. Daraufhin haben CSU-Mandatsträger einen Brief an Ministerpräsident Söder geschickt. Auch Tanja Schweiger wünscht sich eine Vorstellung der Studie.

Wir sprechen hier über Transparenz. Auch Ihre eigenen Landräte wünschen sich diese Transparenz. Bitte folgen Sie diesem Wunsch. Wir können Krisen und Diskussionen am Küchentisch des Wirtschaftsministers hier nicht lösen. Wir können aber diesen Bericht bekommen. Wir unterstützen den Dringlichkeitsantrag der SPD und werden ihm zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Skutella. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Vielen Dank für die Aussprache. Sie ist hiermit geschlossen.

Wir haben nun 18:15 Uhr. Deshalb können wir über den Dringlichkeitsantrag erst im nächsten Plenum abstimmen. Eingeladen war heute bis 18:00 Uhr.

Der Dringlichkeitsantrag der FDP betreffend "Maskenpflicht an Schulen bei allgemein niedriger Infektionsgefahr aussetzen" auf Drucksache 18/16683 sowie die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/16684 bis 18/16689 und 18/16785 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Die noch offenen Punkte 11 mit 14 der heutigen Tagesordnung werden auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

Ich danke für die konzentrierten Beratungen. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:15 Uhr)